

## **Cum-Ex-Untersuchung in Hamburg: Tschentscher fordert Verantwortung von CDU**

Hamburgs Bürgermeister Tschentscher begrüßt die Ladung ehemaliger CDU-Politiker im Cum-Ex-Untersuchungsausschuss zur politischen Verantwortung.

Die Vorladung ehemaliger CDU-Politiker in den Cum-Ex-Untersuchungsausschuss hat das Thema um die finanziellen Machenschaften der HSH Nordbank neu entfacht und eine gewichtige gesellschaftliche Debatte ausgelöst. In Anbetracht der politischen Verantwortung, die die damaligen Regierungsmitglieder trugen, sieht Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) diese Maßnahme als essenziell an, um Licht in die dunklen Geschäfte der Vergangenheit zu bringen.

### **Politische Verantwortung und Aufklärung**

Bürgermeister Tschentscher hebt hervor, dass die Verantwortung für die Cum-Ex-Geschäfte, in denen die HSH Nordbank zwischen 2008 und 2011 in 29 Fällen Kapitalertragssteuern zurückforderte, eindeutig bei den Politiker:innen der damaligen Regierung liegt. Diese Geschäfte, die auf eine Erstattung von 126 Millionen Euro hinausliefen, werfen nicht nur finanzielle, sondern auch ethische Fragen auf. Die damaligen CDU-Mitglieder sind gefordert, sich zu erklären, wie es unter ihrer Aufsicht zu solch gravierenden Fehlentscheidungen kommen konnte.

### **Interne Untersuchungen und**

## **Rückzahlungen**

Die HSH Nordbank, die durch diese Cum-Ex-Geschäfte und die darauf folgende Rückzahlung von Steuergeldern stark in den Fokus geriet, wurde im Jahr 2014 nach einer Ermittlungsreihe zur Rückzahlung von insgesamt 126 Millionen Euro an die Steuerverwaltung verpflichtet. Die Beträge, die zurückgefordert wurden, waren zuvor nicht gezahlt worden. Diese Informationen, die durch eine Untersuchung der Wirtschaftskanzlei Clifford Chance ans Licht kamen, sind für die Öffentlichkeit von hoher Bedeutung. Sie verdeutlichen, wie Managemententscheidungen mit hohen finanziellen Verlusten für die Staatskassen einhergingen, für die letztlich die Bürger:innen aufkommen mussten.

## **Erweiterung des Untersuchungsausschusses**

Während die Opposition darauf hinweist, dass die Verantwortlichen möglicherweise nichts zu den Geschäften sagen könnten, da diese erst nach ihrer Amtszeit bekannt wurden, weist Tschentscher diese Argumentation entschieden zurück. Der Bürgermeister sieht die derzeitige Erweiterung des Ausschussauftrags auch als ein Oppositionsmanöver. Er stellt klar, dass er und die damalige Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) aktiv daran mitgearbeitet haben, die Geschäfte aus der CDU-Zeit aufzuklären und im Sinne einer transparenten Politik zu handeln.

## **Ein Blick auf die heutigen Herausforderungen**

Die politischen Verstrickungen rund um die HSH Nordbank sind ein Beispiel für die Herausforderungen, die in der Nahrungsmittelpolitik und den darüber hinausgehenden Finanzgeschäftsstrukturen existieren. Die Diskussion um die Cum-Ex-Geschäfte dient nicht nur als Rückblick auf vergangene

Fehler, sondern sollen auch als Warnung für die zukünftigen Generationen von Entscheidungsträger:innen in der Politik fungieren. Die Auswirkung dieser Geschäfte zeigt sich nicht nur in den finanziellen Rückforderungen, sondern auch in dem Vertrauen der Bürger:innen in ihre politische Vertretung.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die bevorstehenden Vernehmungen und die Aufarbeitung der Geschehnisse um die HSH Nordbank einen tiefen Einfluss auf die politische Landschaft in Hamburg haben könnten. Die Bürger:innen erwarten eine umfassende Aufklärung und eine klare Verantwortung der Beteiligten, nicht nur um die Vergangenheit zu bewältigen, sondern auch um eine transparente und verantwortungsvolle Zukunft zu gewährleisten.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**